

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT. IFFF
WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM. WILPF
Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ECOSOC, UNCTAD und UNESCO
Sonderberaterstatus bei FAO, ILO und UNICEF
- Deutsche Sektion: www.wilpf.de -



Neuburg, 13.4.2009

Liebe IFFF-Frauen,

hiermit begrüße ich euch als alte und neue Vorsitzende der IFFF. Auf der Jahresversammlung vom 29. bis 31.01. in München wurden weiterhin in ihrem Amt bestätigt: Nouria Ali-Tani als Stellvertretende Vorsitzende, Anne Ley-Schalles als Schatzmeisterin, Heidi Meinzolt als IB-Member, (Stellvertreterin Nina Althoff) und Vertreterin im NAHOST-Komitee, Brigitte Obermayer als Vorsitzende der Münchner Gruppe und Verwalterin des Helga Herz-Fonds, Eleonore Broitzmann als Vertreterin beim KOK und bei der Arbeitsgruppe Frauenrechte im Forum Menschenrechte sowie ich als Vertreterin beim Frauennetzwerk Frieden.



auf der Jahresversammlung von links nach rechts: Brigitte Schuchard, Anne Ley-Schalles, Brigitte Obermayer, Nouria Ali Tani, Ulrike Kleinknecht, Waltraut Wirtgen, Eleonore Broitzmann

Brigitte Obermayer hat für euch das Wichtigste des Seminars „KLIMA MACHT FLUCHT“ zusammengefasst. In diesem Jahr stehen zwei Wahlen an, wir wollen die Europabroschüre der WILPF-Europa, die ihr in Englisch auf unserer Website findet, auch an Europa-Kandidatinnen diverser Parteien schicken, wobei das Wichtigste übersetzt werden sollte. Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, kandidiert „unsere“ Babsi, Barbara Lochbihler bei den Grünen für das Europaparlament (siehe Anhang), sie will sich weiterhin wie bisher bei Amnesty International der Umsetzung der Menschenrechte widmen, dazu wünschen wir ihr viel Erfolg. Außerdem wurde beschlossen, weiter an der Website und Materialien für Öffentlichkeitsarbeit zu arbeiten. Bei der Durban Review Conference (gegen Rassismus) in Genf, wollen wir das Genfer Büro mit Nina Althoff unterstützen und würden dadurch auch einen aktuellen Bericht erhalten.

Die Erklärung der Internationalen Frauenliga zum Frauentag am 8. März findet ihr im Anhang, auch in Deutschland gibt es noch viel zu tun, so befindet sich Deutschland ja traurigerweise, wie ihr sicher mitbekommen habt, im unteren Mittelfeld, wenn es um die Angleichung der Löhne von Männern und Frauen geht.

Die Vorbereitung für die No-To-NATO-Aktivitäten parallel zur 60-Jahrfeier der Kriegsorganisation waren arbeitsintensiv, ich nahm für IFFF/WILPF an mehreren Kongressen teil. Leider konnten die anwesenden PazifistInnen die Abschaffung der NATO nicht im Aufruf durchsetzen, das „No“ war der Minimalkonsens. Schließlich gelang uns (Marlène Tuininga von WILPF Frankreich, Cynthia Cockbourn –WILPF/Frauen in Schwarz UK, Anna Georgy WLOE und ich) zunächst, e i n e n feministischen Workshop im internationalen Kongressprogramm unterzubringen, die von uns geforderte feministische Sprecherin in den

Plena des Kongresses wurde schließlich auf einem Zwischenstopp der Demo am Samstag genehmigt (Marlène), die von uns geplante Mahnwache fand dann vor der Tribüne der Auftaktkundgebung statt. Schon im Vorfeld waren die deutsche und vor allem die französische Polizei sehr nervös. Strassburger BürgerInnen wurden z. B. aufgefordert, ihre Pace-Fahnen abzuhängen.

Im Vorfeld habe ich mich mit der neuen Nato-Strategie beschäftigt, die von fünf ehemaligen Generälen, unter anderem Klaus Naumann, mit verfasst wurde. Beim Lesen fiel mir neben der grauehaften Rechtfertigung eines atomaren Erstschlags vor allem auch die Demontierung der UNO auf, die UNO solle sich schön um die Hungernden der Welt und die Flüchtlinge kümmern und alle Militäreinsätze einfach der NATO überlassen.

Der ständige Anstieg der Rüstungsausgaben, die zusätzlichen Ausgaben für die zockende Geldwirtschaft sowie das weitere Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich brachten Ende März viele Menschen auf die Straße – in Berlin und Frankfurt und zahlreichen dezentralen Demonstrationen. Auch der Amoklauf in Winnenden hat uns grausam vor Augen geführt, wie viele Menschenleben in kürzester Zeit durch Kleinwaffen ausgelöscht werden können. Kurze Zeit wurde immerhin über die Gewalt in den Medien und die negative Vorbildwirkung der Militarisierung von Computerspielen diskutiert.

Am 3. April, Freitag trafen sich um 18.00 Uhr in einer mit Vorhängen abgetrennten Turnhalle in Strassburg ca 50 Frauen aus Europa, USA und Japan zu einem mindestens 5 – sprachigen Workshop, Frauen in Schwarz, Frauen der Internationalen Frauenliga und anderer Organisationen, um die so genannte Sicherheit der NATO in Frage zu stellen. „No to Nato“, die Kompromissklausel des Aufrufs der internationalen Friedensbewegung war uns nicht genug, wir forderten die Auflösung der Nato. Auf der Website von Women and Life on Earth könnt ihr die einzelnen Beiträge und Zusammenfassungen in diversen Sprachen nachlesen, <http://www.wloe.org/>. Wenn ihr Lust habt, den einen oder anderen Beitrag zu übersetzen für unsere Website, kann das Ergebnis gerne an Nina schicken...im Folgenden findet ihr einige Auszüge.

Wir stellten uns folgende Fragen:

Das Trutzbündnis des Kapitalismus schützt die westlichen Nationalstaaten und deren Vormachtstellung, doch bedeutet das auch die Sicherung unserer menschlichen Grundbedürfnisse? Wie wirkt sich die militärische Allianz der Demokratien auf unser Leben aus? Wobei die spanischen Frauen in ihrem Beitrag daran erinnerten, wie undemokratisch sich der Beitritt zur Nato vollzog. Wie beeinflusst das patriarchale Denken, das Block-denken als Grundlage der Militarisierung und der NATO den Alltag von Frauen?

Die Frauen sahen sich mit Ana Azaria, Präsidentin der Femmes Egalites, einig: „Frauenrechte können nicht von denen verteidigt werden, die herrschen und ihre Vorherrschaft bestärken wollen. Wir prangern jegliche Ausbeutung der Leiden von Frauen durch jene an, die damit eine Militärintervention rechtfertigen wollen.“ Wie es Anna Valente und Margherita Granero, zwei Frauen in Schwarz aus Italien, formulierten, lehnen wir auch ab, „dass die Anwesenheit von Soldatinnen von der Propaganda benützt wird, um der Armee ein menschliches Gesicht zu geben, besonders bei Peacekeeping operations.“

Nelly Martin, die Koordinatorin des Europäischen „Marche mondiale des Femmes“ führte aus, dass die Männerrolle mit Gewalt und Militarisierung verbunden wird, wohingegen die Frauen angeblich diesen Schutz brauchen. Auch in den Medien werden Frauen gerne als namenlose Opfer, Männer als genannte Helden dargestellt.

Noch einmal Nelly Martin:

„Militärische Institutionen tragen in vielfältiger Weise dazu bei, junge Männer auf ihre dominante Rolle in den Beziehungen der Geschlechter zu trainieren. Wir können die Armee in allen Gesellschaften als eine der wichtigsten patriarchalen Organisationen betrachten, die

die ungleichen sozialen Geschlechterbeziehungen widerspiegelt, nämlich eine Hierarchie der Macht, Kultstatus und Oberherrschaft des „Chefs“, Gehorsam, körperliche Gewalt, ein Fehlen von kritischem Geist, ein geschlossener Kreis der „boys“. Dieses Modell von Männlichkeit, assoziiert mit Stärke und Agressivität, beeinflusst Jugendliche zunehmend.“

Cynthia Cockburn, WILPF –Frau, Frau in Schwarz und bekannte Feministin aus England, zeigte die „häusliche Dimension“, die innerstaatlichen Folgen dieser Denkart im Krieg gegen den Terror auf: die Überwachung eigener und benachbarter BürgerInnen unter rassistischen Auswahlkriterien, oder, wie die italienischen Frauen berichten, die Einkesselung von Demonstrantinnen durch Soldaten.

Frauen aus ganz Europa beklagten die Auswirkungen der militärischen Ausgaben und der Militärbasen in ihren Ländern, vor allem die ärmeren Länder des Ostens müssen mit gewaltigen Rüstungsausgaben ihren Eintritt in die Europäische Union und in die NATO bezahlen. Die Folgen sind Einschnitte bei den Sozialausgaben. Ana Azaria bringt es auf den Punkt: „Es sollte schärfstens angekündigt werden, dass Geld zuerst den Bänkern, Industriellen und der Armee zusteht und danach erst für Bildung, Sozialmieten und Gesundheitsvorsorge.“

Dazu kommen weitere negative Folgen der Rüstung: die globale Bedrohung durch die Erstschlagdoktrin und die Vorhaltung von Atomwaffen wie bei uns in Büchel, Umweltverschmutzung und Landverwüstung, der Anstieg von häuslicher Gewalt und Morden in der Familie durch Kleinwaffen in Hand der Soldaten.

Vergewaltigung, Menschenhandel und Zwangsprostitution wurde einhellig als schlimmste Folge nahegelegener Militärbasen gesehen. Sian Jones, eine Frau in Schwarz aus London, führte eine Untersuchung an, wonach NATO-Soldaten im Balkan allein zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 40 Millionen Dollar pro Monat für die Prostitution ausgegeben hätten. Frauen und Mädchen, auch minderjährige, aus Bulgarien, der Ukraine, Russland, Rumänien und Moldawien wurden oft unter falschem Vorwand dorthin gelockt, eingesperrt und unter unmenschlichen Bedingungen sexuell ausgebeutet. (Ich erinnere mich noch an den Mann im auffälligen Kurzhaarschnitt, der auf einer von der AFI organisierten Podiumsdiskussion angab, „Erholungsaufenthalte“ für deutsche Soldaten im Kosovo zu organisieren und behauptete, die Frauen würden sich freiwillig ohne Kondom hingeben, um durch eine Schwangerschaft ein Visum für Deutschland zu erhalten.) Die NATO hat zwar in Istanbul 2004 eine Politik gegen Menschenhandel beschlossen, diese aber nicht umgesetzt. Nur wenige NATO-Staaten erhoben Disziplinarverfahren gegen Soldaten, die im Menschenhandel tätig waren, eine Verurteilung ist Sian Jones nicht bekannt.

Die abscheulichste Folge der NATO sind die Kriege. Frau könnte irre werden beim Nachdenken: Die NATO rüstet vorbeugend auf, erschreckt andere, die dann auch aufrüsten. Die NATO schließt die arabische und afrikanische Welt weitgehend aus und provoziert damit Terrorismus und Piraterie, die sie dann wieder bekämpfen darf. Die NATO führt Krieg weit weg, im Mittelmeer, im Kosovo, im Irak, in Afghanistan zur Sicherung unserer Vorherrschaft und uns nicht gehörender Rohstoffe, die wir dann verschwenden und damit die Umwelt und das Klima gefährden.

26 NATO-Staaten und -Partner bomben angeblich für Frauenrechte und gegen Burkas in Afghanistan, mit welchem Ergebnis? WILPF-Präsidentin Annelise Ebbe zitiert den Bericht der WomanKindWorldwide Organisation: Im Februar 2008 beklagen 87 % der befragten Frauen häusliche Gewalt, die Hälfte davon sexueller Art, 60 % der Ehen sind Zwangsehen, trotz eines neuen gesetzlichen Verbots sind 57% der Bräute jünger als 16, 88% der Frauen sind Analphabetinnen, nur 5 % der Mädchen besuchen eine weiterführende Schule und die Sterblichkeitsrate der Mütter bei der Geburt ist neben Sierra Leone die höchste der Welt; (1 von 9 Müttern stirbt beim Gebären).

“Frauen erleiden in Kriegen den Verlust ihrer Kinder, ihrer Heimat und ihrer sozialen Umgebung und müssen zudem darunter leiden, dass sie Ziel sexueller und physischer Gewalt sind.“ (WILPF-Erklärung zum 8. März) Erst im Jahr 2008 wurde dies immerhin durch die UN-Resolution 1820 international geächtet. Häufig sind die Frauen dann diejenigen, die Häuser und Gemeinschaften wieder aufbauen. Dennoch werden sie an Konfliktlösungsprozessen kaum beteiligt, obwohl ihre gleichberechtigte Partizipation von der UN-Sicherheitsresolution 1325 vorgeschrieben ist.

Die gegenseitige Vernetzung und Aussprache hat uns gut getan. Gestärkt setzen wir unsere politische Arbeit fort, vielleicht entsteht auch eine politische Kampagne daraus.

30 000 TeilnehmerInnen in Kehl, Strassburg und Baden-Baden demonstrierten dann am Samstag gegen die Jubelfeier der NATO, ein Großteil der TeilnehmerInnen war gewaltfrei und pazifistisch. Die Polizei hat alles getan, um uns an unserem demokratischen Recht des Protestes zu hindern, Menschen wurden an der Ein- und Weiterreise gehindert, in Strassburg fuhr kein öffentlicher Nahverkehr, die französische Polizeiführung hat uns PazifistInnen in patriarchaler Weise mit dem schwarzen Block zum Feind erklärt, uns den Zugang zum Auftaktplatz erschwert, manche unserer alten Damen sind 9 Stunden gelaufen, bis sie wieder im Hotel waren! Sie haben uns in einem schmalen Korridor eingesperrt, uns von unseren FreundInnen auf der deutschen Seite getrennt, die Krawalle durch Provokateure angeheizt und uns dann gemeinsam mit Tränengas eingenebelt. Ich hatte noch drei Tage später tränende Augen.

Dennoch muss ich auch kritisch anmerken, dass wir von kriminellen Gewalttätern instrumentalisiert wurden, die, meist männlich, aus unserer Mitte aufbrachen und in einer kleinen Tankstelle die Scheibe einschlugen, um dort Wasserflaschen zu klauen und zwei Hotels anzündeten, in denen sich Menschen befanden. Als wir eine gehbehinderte irische Aktivistin durch eine Unterführung führten, warfen verummte Demonstranten von oben und von vorne Steine auf uns, die wir zwischen Wand und durchfahrenden Polizeiautos standen. Diese Menschen haben auch der Sache keine guten Dienste geleistet, denn die Medien haben wenig über unsere Kritikpunkte an der NATO berichtet, sondern weitgehend über die ausgeübte Gewalt. So konnte ich dem liebenswerten Friedensaktivisten Petros Constantinou am nächsten Tag in der Konferenz keinen Beifall klatschen, wenn er griechische Jugendliche lobte, die während der Demos in Athen griechische Polizeistationen zerstörten, soll das die Jugendarmee der Friedensbewegung sein? Es hilft m. M. n. auch nichts, den „schwarzen Block“ zu separieren, wie viele DemonstrantInnen im ersten Ärger forderten, verlagern wir auch schon unsere Außenpolitik an den Hindukusch?

Ich bin überzeugt, dass aus Gewalt nur Gewalt entstehen kann und dass wir nur mit gewaltfreiem Handeln Alternativen aufzeigen können. Wie wir aus unseren Reihen auf zukünftigen Demonstrationen dafür sorgen können, darüber sollten wir noch einmal in aller Ruhe diskutieren, wie wir auch unsere Verantwortung für die Menschen, die wir zur Demo anlockten, tragen können.

Am 28. April werden wir in München einem Geburtstagskind zuprosten: die IFFF wird 94 Jahre alt, ein Ereignis, das auch andere WILPFerinnen rund um den Globus feiern. Damit unsere WILPF so rüstig gegen die Rüstung bleibt, braucht sie weiterhin eure Unterstützung. Lasst uns vor allem jetzt dafür streiten, dass die Lippenbekenntnisse Obamas und anderer für eine atomwaffenfreie Welt endlich, endlich umgesetzt werden.

Von der Anti-Nato-arbeit noch etwas erschöpft
grüßt euch

Eure Irmgard Heilberger

E-Mail: heilberger@wilpf.de Webseite: www.wilpf.de



Brigitte Obermayer, Heidi Meinzolt, Rita Mascis und ich (Irmgard Heilberger) auf der Demo gegen die Sicherheitskonferenz in München, die am ersten Wochenende im Februar stattfand.

NINA ALTHOFF, althoff@wilpf.de, Geschäftsstelle der IFFF –
Deutsche Sektion - Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: 0178-3487744



LIEBE LIGAFRAUEN,

neue Bedrohungen brauchen neue Antworten. Auf der Jahresversammlung der Liga in München haben wir uns neben anderen drängenden Problemen, wie der eskalierenden Gewalt im Gaza oder dem wieder ansteigenden Rassismus und Antisemitismus, vor allem auch der großen friedenspolitischen Herausforderung unserer Zeit gewidmet: dem Klimawandel. Spätestens bei dem Seminar „Klima Macht Flucht“, das wir alle gemeinsam besucht haben, wurde klar: Der Klimawandel bedroht die Menschenrechte und ist eine der großen Bedrohungen der Gegenwart und Zukunft. Auf dem Seminar wurde über die mit dem Klimawandel einhergehende Gefahr neuer Kriege und über politische Lösungen zur Wahrung von Frieden und zum Schutz der Menschenrechte diskutiert. Brigitte Obermayer hat das Seminar für Euch protokolliert. Näheres findet Ihr weiter hinten. Vielen Dank liebe Brigitte!

Die bei dem Seminar insbesondere angesprochenen klimabedingten Migrationsbewegungen und der Entzug der Lebensgrundlagen beschäftigen mittlerweile auch den UN-Menschenrechtsrat. Dabei geht es um die Zerstörung von Lebensraum durch Überflutung von Küstengebieten und Ausbreitung von Wüsten als Folgen des Klimawandels. Der rechtliche Status so genannter Klimaflüchtlinge ist ungeklärt. Auch Umwelt- und Klimakonflikte um knapp werdende Ressourcen und aufgrund sich verschlechternder Lebensbedingungen werden viele Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Am stärksten betroffen sein werden die Ärmsten der Armen. Gemäß der Resolution „Menschenrechte und Klimawandel“ des Menschenrechtsrates vom 26. März 2008 stellt die Erderwärmung gerade für die Bevölkerung armer Länder eine besondere Bedrohung dar, obwohl diese am wenigsten zu

dieser Entwicklung beigetragen haben. Der Rat beruft sich auf Befunde des Weltklimarats (IPCC), wonach besonders für Entwicklungsländer Dürren, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen als unmittelbare Folgen des Klimawandels vorausgesagt werden. Mit der Resolution hat der Rat das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte beauftragt, eine Studie über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte zu erarbeiten. Die Studie liegt seit März 2009 vor und wird der Klima-Konferenz in Kopenhagen Ende 2009 als Dokument überreicht.

Einer Erklärung der *International Working Group on Indigenous Affairs* (IWGIA) anlässlich der Vorstellung der Studie in der Sitzung im UN-Menschenrechtsrates sind wir beigetreten. Die Erklärung „*Joint Indigenous Peoples and NGO Statement on the occasion of the presentation of the Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the relationship between climate change and human rights*“ findet Ihr hier: http://www.forestpeoples.org/documents/law_hr/un_ohchr_ngo_climate_statement_mar09_eng.pdf.

Dass es keine militärischen Lösungen für die Probleme des Klimawandels gibt, wird in der Erklärung ON CLIMATE CHANGE des internationalen Büros der WILPF vom 24. November 2008 betont (siehe http://www.wilpf.int.ch/statements/24nov08_on_climate_security.html). Indessen hat sich die NATO den Klimawandel als sicherheitspolitische Frage auf die Agenda gesetzt. Die Ressourcen für neue NATO Strategien und für Aufrüstung in den EU- und NATO-Ländern müssen stattdessen in andere Lösungen fließen. Die Ereignisse bei den Anti-NATO-Protesten anlässlich des 60. Gründungstages der Nordatlantischen Allianz Anfang April habt Ihr von Irmgard geschildert bekommen. Es muss auch weiterhin gegen die aggressive Militär- und Nuklearpolitik der NATO und zur Bekräftigung unserer Vision einer Welt in Frieden protestiert werden.

Auch zu Veränderung beitragen kann die richtige Partei. Nutzt Euer Stimmrecht und Eure Möglichkeit so zu wählen, dass Demokratie, Chancengleichheit, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit gefördert werden. In dem so genannten Superwahljahr finden insgesamt 15 Wahlen statt: Zum Deutschen Bundestag, zu den Länderparlamenten, zu Kommunalvertretungen und zum Europaparlament. Hinzu kommt die Wahl des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin durch die Bundesversammlung. Das Europäische Parlament wird am 7. Juni 2009 gewählt. Von seinen künftig 736 Mitgliedern sind 99 Abgeordnete aus Deutschland und ich würde mich sehr freuen, wenn Babsi mit ihren Zielen, Europa in Sachen Menschenrechtsschutz auf die Sprünge zu helfen, unter den Gewählten wäre. Viel Erfolg Babsi!! In diesem Zusammenhang möchte ich Euch auch noch mal um die Unterstützung der Europäischen Frauenlobby Kampagne 50 / 50 „Keine Moderne Europäische Demokratie ohne Gleichstellung von Frauen und Männern“ bitten: www.5050democracy.eu. Eine gerechte Demokratie in Europa bedeutet auch, dass alle Europäer – Frauen und Männer – vertreten sind.

Auch die Bundestagswahl am 27. September 2009 wird noch für einige Aufregung sorgen und fängt jetzt schon an auf die Nerven zu gehen. Allerdings dürfen wir uns dadurch nicht davon abhalten lassen, uns die Kandidaten und Kandidatinnen genau anzuschauen. Der Forderungskatalog vom Forum Menschenrechte zur Bundestagswahl 2009 ist fast fertig. Wer den Katalog gerne hätte, sagt mir bitte einfach Bescheid. Er ist überschrieben mit einem Zitat von Volkmar Deile (ehemaliger Generalsekretär von Amnesty International): „*Wer sich mit uns auf den Weg macht, dem emanzipatorischen Versprechen der Menschenrechtserklärung näher zu kommen, kann auf uns zählen. Wer das nicht will, muss mit uns rechnen.*“

Wie es um die Menschenrechte in Deutschland steht, war Gegenstand gleich zweier Untersuchungsverfahren bei den Vereinten Nationen. Im Februar fand sowohl die Untersuchung im Rahmen des neuen und Euch bereits vorgestellten UPR-Verfahrens

(Universal Periodic Review) als auch das Berichtsprüfungsverfahren zur UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW-Abkommen) statt. Bei letzterem war das Ligamitglied Marion Böker als Teil der Allianz der Frauenorganisationen Deutschlands beteiligt. Bei unserem letzten Ligatreffen in Berlin hat Marion uns einen spannenden Bericht über das Prüfungsverfahren und insbesondere die Erstellung des koordinierten Parallelberichts der Allianz an den Frauenrechtsausschuss gegeben. Bei dem so genannten Parallelbericht (auch Schattenbericht genannt) handelt es sich um einen Bericht der Zivilgesellschaft, NGOs und Einzelpersonen, der parallel zum Staatenbericht beim Prüfungsausschuss eingereicht wird. In dem Bericht werden Lücken und Fehler des Staatenberichts identifiziert und menschenrechtliche Missstände aufgezeigt. Auf der Grundlage des Staatenberichts, der Parallelberichte sowie einer Befragung spricht der Ausschuss im Anschluss an die Prüfung Empfehlungen und Rügen an den Staat aus. Auch wenn die so genannten *abschließenden Empfehlungen* keine Rechtsverbindlichkeit besitzen, sind sie doch in ihrer politischen Wirkkraft nicht zu unterschätzen. Es bestehen Überlegungen innerhalb der IFFF sich an dem als nächstes anstehenden koordinierten Parallelbericht zum Staatenberichtsprüfungsverfahren des Sozialpakts (WSK-Pakts) der Vereinten Nationen zu beteiligen. Wer Interesse daran hat oder weitere Informationen benötigt, möchte sich bitte bei mir melden.

Unmittelbar bevor steht nun aber erst einmal die Durban Review Konferenz in Genf, zu der ich am Sonntag fahren werde, wie Irmgard bereits angekündigt hat. Die Durban Review Konferenz ist die Nachfolgekonferenz zur UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, die 2001 in Durban stattgefunden hat. Es sollen die in Durban verabschiedete Erklärung gegen Rassismus und das so genannte Durban Aktionsprogramm evaluiert, die Fortschritte und Rückschläge aufgezeigt und Empfehlungen für die Zukunft ausgearbeitet werden. Was die Durban Review Konferenz bringt, was vorgefallen und was erreicht werden konnte, berichte ich Euch im nächsten Rundbrief und bei unserem Ligatreffen in Berlin am 19. Mai (Näheres unter Terminhinweisen weiter unten).

Bis dahin sende ich Euch herzliche Grüße
Eure Nina Althoff (althoff@wilpf.de)

Kurzprotokoll zum Seminar „KlimaMachtFlucht“ am Samstag, den 31.01.2009 von Brigitte Obermayer

Friedensrisiko Klimawandel

Dirk Messmer, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat Globale Klimaveränderung, erläuterte die Zusammenhänge zwischen globaler Erwärmung und Sicherheit, dabei ging er auf die Langfristprobleme für die Menschen ein. Die Frage ist nicht, wird die Erde weiterbestehen.

Die Frage ist: „Werden wir als Menschen in der Lage sein, uns an das neue Ökosystem anzupassen?“



Die Klimaerwärmung schreitet mit riesiger Geschwindigkeit seit Beginn der industriellen Revolution (ca. 1850) voran. Eine so schnelle Erwärmung gab es in den letzten 20.000 Jahren nicht. Seit 1850 ist die Temperatur um 0,7 % angestiegen. Die Menschheit hat mit solchen Temperatursprüngen keine Erfahrung.

Die Forscher gehen bis zum Jahrhundertende von einem weltweiten Temperaturanstieg zwischen zwei und vier Grad aus, dass sich die Atmosphäre erwärmt ist Fakt, man weiß nur noch nicht wie stark. Bei sechs Grad haben wir es mit einem Erdsystemwandel zu tun, den

40 % der Spezies nicht bewältigen werden, deshalb muss der Emissionsausstoß sofort reduziert werden.

Je stärker die Klimaerwärmung wird, desto mehr Auswirkungen hat sie auf

Nahrungsmittelproduktion

Dürre, Wüstenbildung, Degradierung von Böden, extreme Hitzewellen wechseln sich mit starken Regenperioden ab.

Wasser

60 % des Süßwassers speichern sich in Gletschern. In den letzten 50 Jahren sind 30 % der Gletscher abgeschmolzen. 20 – 40 Megastädte bekommen Wasserprobleme.

Wetter

Der Meeresspiegel wird um einen Meter steigen. Es wird mehr Hurrikane geben, da die Wasseroberflächentemperatur der Meere steigt.

Früher gab es lokale Verteilungskonflikte, die wenig Menschen betrafen. Klimagetriebene Konflikte betreffen viele.

250 Millionen Menschen werden wegen Umweltzerstörung flüchten. Welche Rechte haben Bürger, wenn ganze Staaten vergehen?

Thesen von Herrn Messmer

- Die Wahrscheinlichkeit schwacher und fragiler Staaten nimmt zu
- Risiken für die globale Ökonomie
- Wachsende Verteilungskonflikte zwischen den Industriestaaten
- Migration
- Klimawandel unterminiert die Menschenrechte (Wasser, Essen)
- Grenzen der klassischen Sicherheitspolitik (gegen wen soll man kämpfen?)

Die Erwärmung kann nicht mehr gestoppt, aber durch sofortiges Handeln reduziert und vielleicht erträglich gestaltet werden. Das Problem kann nur sofort und global gelöst werden.

Auf der Flucht vor dem Klimawandel

Belachew Gebrewold

Zwischen 5000 bis 10000 Menschen sind im Mittelmeer und im Ozean in den letzten fünf Jahren gestorben.

2005 kamen 14855 Menschen in 154 Booten.

2008 kamen 30647 Menschen in 397 Booten aus Afrika.

Über Frontex versucht die Europäische Union illegale Immigranten zu verhindern.

Die Frontex wurde 2004 als Grenzschutzagentur gegründet und arbeitet seit 2005 aktiv. Folgende Aufgaben sind ihr zugewiesen

- Grenzschutz
- Unterstützung des nationalen Grenzschutzes
- Risikoanalyse
- Forschung
- Rückführung der Immigranten

An der spanischen Grenze werden Mauern und Stacheldraht aufgezogen.

Der Versuch eine strategische Partnerschaft (Lissabon 2007) mit den Ländern der Afrikanischen Union einzugehen ist eindimensional.

Die Europäer wollen keine Einwanderer.

Die Afrikaner sind froh, wenn die Migranten Gelder nach Hause überweisen.

Es gibt von Seiten der afrikanischen Staaten keinen Bedarf die Menschen aufzuhalten, obwohl hier der Braindrain nicht unberücksichtigt gelassen werden kann. Meistens gehen die Mutigen und Aktiven weg.

Herr Gebrewold nennt neben den Kriegs-, Umwelt- und Armutgründen zur Migration auch den Modernisierungsdruck. Die afrikanischen Länder sind nicht in der Lage den Menschen das „schöne“ Leben aus dem Fernsehen zu bieten. Die westlichen Staaten haben Handys, Autos und Computer. Daran möchten junge Menschen teilhaben.

Migration als Folge des Klimawandels: Vergisst Europa die Menschenrechte

Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung hat kurzfristig abgesagt, deshalb hier kurz die

Aussagen aus dem Interview **Babsi Lochbihler** – Renate Börger

- Die Menschenrechte sollten die Orientierung für alle Politiker sein.
- Es sind im EU Kontext bisher keine politischen Lösungen für die legale Migration gefunden worden.
- Europa braucht Migration und Menschen, die hier leben und arbeiten wollen.
- Es muss sinnvolle Migrationskonzepte geben, die auch das Herkunftsland berücksichtigen.
- Man bekämpft irreguläre Migration, aber nicht die Fluchtursachen.

Samstag, 31.01.09

Brigitte Obermayer

TERMINHINWEISE

MÜNCHEN

28.04.09 **Ligageburtstag**

12.05.09 **Barbara Lochbihler: Global Player?** Friedensprojekte, Militärintervention und Festung Europa – Dialogveranstaltungen der Petra Kelly Stiftung mit der Ev. Stadtakademie

16.06.09 **Birgit Schmidt am Busch, Internationale Organisationen – ein Auslaufmodell?**

Die Treffen und Veranstaltungen finden jeweils ab 19:00 Uhr statt. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben und kann auf der Ligawebseite unter folgendem Link abgerufen http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idart=48&idcat=45 oder bei Brigitte Obermayer erfragt werden: obermayer@wilpf.de.

BERLIN

Das nächste **Ligatreffen in Berlin** findet statt am 19. Mai 2009 um 19:00 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Wir treffen uns dieses Mal im kleinen Seminarraum im Erdgeschoss neben dem Robert Havemann Saal. Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Mitgliederversammlung des Frauennetzwerks für Frieden und Seminar zum Internationalen UN-Jahr der Aussöhnung am 18. April in der Werkstatt der Kulturen.

Weitere Informationen unter: www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de.

Zivile Konfliktbearbeitung: Umsteuern - aber wie? Ein politisches Gespräch anlässlich

der Bundestagswahl 2009 veranstaltet von der Ev. Akademie Villigst und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 21.04.2009 um 15:00 Uhr. Mehr Informationen findet Ihr unter: <http://www.konfliktbearbeitung.net/?info=event&pres=detail&uid=1085>.

Klimawandel verletzt Menschenrechte - Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 4. Mai 2009 um 19 Uhr. Es diskutieren ein Vertreter des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte und eine Regierungsvertreterin aus Vanuatu mit Vertretern der deutschen Politik und Regierung. Weitere Informationen über pachaly@boell.de.

Konferenz „**Feminism and Cultural Diversity: Frictions and Synergies**“ am 6. Mai 2009 von 13:00 bis 20:00 Uhr der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Die Konferenz will die möglichen Spannungen und Synergien zwischen Frauenrechten und kultureller Vielfalt ausloten. Die Konferenz findet auf englisch statt. Weitere Informationen zum Programm, Veranstaltungsort und zur Anmeldung gibt es auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung: <http://www.boell.de/calendar/VA-genform-de.aspx?evtid=6216&email=veranstaltungen@boell.de>.

It's time to speak – es ist an der Zeit zu reden – sexualisierte Gewalt im II. Weltkrieg: Monika Gerstendörfer, eine der „1000 Friedensfrauen“, die für den Nobelpreis vorgeschlagen wurden, spricht über die Folgen von Massenvergewaltigungen im und nach dem II. Weltkrieg am 8. Mai um 19:00 Uhr im Urania in Potsdam. Mehr Informationen über das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V., Heiderose Gerber, Tel.: 0331-967 93 29.

Veranstaltungswoche „**Love Me Gender – Gender is Happening**“ des Gunda-Werner-Instituts vom 6. bis 11. Juni 2009: www.gender-happening.de.

Babsi Lochbihler – www.barbara-lochbihler.de:

Liebe Ligafrauen,

für einige von Euch ist es sicher keine Neuigkeit mehr, dass ich mich für ein Mandat im Europäischen Parlament bewerbe und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den 5. Platz der Europaliste gewählt wurde. Mit diesem aussichtsreichen Listenplatz bin ich zuversichtlich auch gewählt zu werden. Nach 17 Jahren Engagement und Führungsverantwortung in nichtstaatlichen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, der Frauenliga in Genf und bei amnesty international in Berlin, habe ich mich entschlossen mich nun als Politikerin zu versuchen.

Mein ganzes Erwachsenenleben war und ist bestimmt von der Einmischung in Politik. Mich hat schon als junge Frau Ungerechtigkeit umgetrieben, ich engagierte mich gegen die Ausbeutung der Dritten Welt (wie es damals hieß), setzte mich für Frauenrechte und Friedenspolitik ein. An GRÜNEN Politik hat mich immer angesprochen, dass sie mutig sich für die Frauenquote und für selbstbestimmte weibliche Lebensentwürfe eingesetzt haben. Die GRÜNEN haben sich, auch wenn immer gegen den Strom schwimmend und auch wenn Asyl- und Ausländerrecht immer weiter beschnitten wurden und werden, für eine menschenfreundliche, nicht-rassistische und genderbewusste Integrationspolitik eingesetzt. Ich habe in den vergangenen Jahren durchaus einiges an Rot-Grüner Politik zu kritisieren gehabt, habe aber auch geschätzt, dass Grüne zu offener Diskussion und zu Korrekturen fähig sind. In der Friedenspolitik ist und wird es sicherlich am schwierigsten werden die Positionen der Frauenliga mit den Entscheidungen der grünen Partei in Einklang zu bringen. Beim Vergleich der Parteien, für die ich kandidieren könnte, ist meine Wahl dennoch auf die Grünen gefallen. Neben mir kandidieren Vertreter aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Sven Giegold, Mitbegründer von attac und Gerald Häfner, vom Verein Mehr Demokratie, die ebensolche Abwägungen getroffen haben.

Die Menschenrechte sind Basis meines politischen Handelns. Sie sind für mich keine abstrakten, hehren Werte, über die sich trefflich Sonntagsreden halten lassen, die hochgehalten werden und dabei gleichzeitig jedes erdenkliche Verbrechen veranstaltet wird. Sie sind Maßstab für politisches Handeln. Menschenrechtspolitik hat für mich nicht nur mit Institutionen und Recht zu tun, sondern auch mit einer politischen Haltung, die das Individuum ins Zentrum stellt und nicht einer wie auch immer gearteten Ideologie opfert. Es geht um Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, um Frieden und menschliche Sicherheit, um Freiheit und Menschenwürde für jede und jeden Einzelnen. Als mögliche zukünftige Politikerin im Europäischen Parlament wird es mir ein besonderes Anliegen sein, mich mit einem klaren Menschenrechtsprofil in die äußeren und inneren Angelegenheiten der EU einzumischen und aktiv die europäische Menschenrechtsagenda weiterzuentwickeln. Die Instrumente dazu gibt es schon, es fehlt an deren konsequenter Anwendung und an politischem Willen.

Ich würde mich freuen, wenn ich, sollte ich gewählt werden, auch weiter auf Eure Unterstützung bauen kann. Jetzt ist aber erstmal Wahlkampfzeit. Wer mehr darüber wissen will, findet Informationen auf meiner Website www.barbara-lochbihler.de. Natürlich freue ich mich über Werbung und Unterstützung jeder Art. Als bayerische Kandidatin ist es mir eine besondere Herausforderung möglichst viele Stimmen dort zu bekommen, denn seit Jahrzehnten muss die CSU endlich wieder rechnen, ob sie überhaupt bundesweit über 5% kommt und den Einzug in das Europaparlament schafft. Auch deshalb ist eine hohe Wahlbeteiligung im ganzen Bundesgebiet wichtig, also bitte Wählen gehen nicht vergessen am 7. Juni, oder Briefwahl beantragen.

Viele Grüße
Babsi Lochbihler



Erklärung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2009

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März 2009, sollte die Notwendigkeit der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen gewürdigt, es sollten die außergewöhnlichen Leistungen der Frauen gefeiert und Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts und Gewalt an Frauen verurteilt werden.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF, Women's International League for Peace and Freedom, WILPF) begeht diesen Tag mit einer Analyse der Ursachen von Krieg und Ungerechtigkeit: Hierzu zählt hauptsächlich das Profitstreben, welches die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse verhindert. Laut der kanadischen Globalisierungskritikerin Naomi Klein gehören zu den Problemen, die der „Katastrophenkapitalismus“ aufrechterhält, insbesondere die Einschränkung der politischen Beteiligung derjenigen, die Expertise und Spezialwissen besitzen, die fortwährende Furcht und Angst durch militärische Aufrüstung, die Androhung und Anwendung von Gewalt sowie die machtgesteuerte Nachrichtenvermittlung.

WILPF weist die Behauptung zurück, Geschlechtergleichheit sei bereits erreicht. Während Männer immer noch in allen Entscheidungsgremien überrepräsentiert sind, bleiben Frauen ökonomisch benachteiligt. Ihre Arbeit ist nach wie vor unterbewertet sowie unterbezahlt. Vom Kinderzimmer bis zu den Chefetagen werden Frauen immer noch schlechter entlohnt als Männer.

Frauen sind auf der ganzen Welt besonders von Gewalt betroffen, wie die Vereinten Nationen in ihrem Bericht zu Menschenhandel (*Global Report on Trafficking in Persons*) anerkannt haben. Menschenhandel betrifft hauptsächlich die sexuelle Ausbeutung und Prostitution von Frauen und Mädchen. Die Verbrechen der Vergewaltigung und der sexuellen Gewalt werden weiterhin begangen und nehmen in Kriegszeiten zu.

Frauen erleiden in Kriegen den Verlust ihrer Kinder, ihrer Heimat und ihrer sozialen Umgebung und müssen zudem darunter leiden, dass sie Ziel sexueller und physischer Gewalt sind. Häufig sind die Frauen dann diejenigen, die Häuser und Gemeinschaften wieder aufbauen. Dennoch werden sie an Konfliktlösungsprozessen kaum beteiligt, obwohl ihre gleichberechtigte Partizipation von der UN-Sicherheitsresolution 1325 vorgeschrieben ist. WILPF gründete sich als Opposition und in Ablehnung einer patriarchalischen Weltordnung, die durch Gewalt und Militär regierte. Daher war und ist WILPF das Sprachrohr der Sprachlosen, um Beteiligung bei politischen Entscheidungen auf allen Ebenen der Gesellschaft einzufordern – angefangen bei lokalen Wahlen, wie in San José, Costa Rica, über nationale Wahlen, wie in Sydney, Australien, bis hin zu Beratungen auf Abrüstungskonferenzen der Vereinten Nationen.

Am internationalen Frauentag ebenso wie an jedem anderen Tag des Jahres setzt die IFFF/WILPF ihre politische Arbeit fort: Lobbyarbeit in den Hallen der Vereinten Nationen, Demonstrationen vor Regierungsgebäuden und die Unterstützung der Grasswurzelbewegungen für politische Gleichberechtigung, für Frieden und die Beendigung jeglicher Kriege und für die Entwicklung eines sozio-ökonomischen Systems, welches sich den menschlichen Nöten widmet.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF, Women's International League for Peace and Freedom, WILPF) ist die älteste internationale Frauen-Friedens-Organisation der Welt, die 1915 zum Widerstand gegen den in Europa herrschenden Krieg gegründet wurde. Seither setzt sich die WILPF gegen alle Formen von Krieg und Gewalt ein und kämpft für eine wirtschaftliche, politische und soziale Gleichberechtigung aller Menschen. Die WILPF ist in über 40 Ländern vertreten und besitzt Beraterstatus bei verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen.

ANMELDUNG FÜR DEN POSTALISCHEN RUNDBRIEF DER IFFF



Liebe Ligafrauen und Interessierte,

der IFFF-Rundbrief, der in unregelmäßigen Abständen ca. alle 2 bis 3 Monate erscheint, wird ab sofort per E-Mail verschickt. Wer den Rundbrief weiterhin per Post erhalten möchte, hat noch mal Gelegenheit mir Bescheid zu geben. Bitte die Karte unten abschneiden, auf der Rückseite Namen und Anschrift notieren (bitte nicht vergessen!), Briefmarke aufkleben und an mich abschicken.

Für den elektronischen Rundbrief könnt Ihr Euch über unsere Webseite neu anmelden, falls Ihr den Rundbrief nicht ohnehin schon per E-Mail erhaltet: **www.wilpf.de**. Bei der Gelegenheit möchte ich Euch noch mal auffordern, Euch an der Gestaltung der Webseite zu beteiligen. Anregungen, Beiträge, Bemerkungen und Kritik sind jederzeit herzlich willkommen.

Danke und herzliche Grüße von
 Nina Althoff
 Oranienstr. 166
 10999 Berlin
 Tel.: 0178-3487744
 E-Mail: althoff@wilpf.de

✂-----✂-----✂-----✂-----✂-----✂

Bitte
 freimachen!

ICH MÖCHTE DEN RUNDBRIEF DER INTERNATIONALEN FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT (IFFF) WEITERHIN PER POST ERHALTEN. MEINEN NAMEN UND MEINE ANSCHRIFT HABE ICH AUF DER RÜCKSEITE NOTIERT (bitte nicht vergessen!).

**AN
 IFFF / WILPF
 Dr. NINA ALTHOFF
 ORANIENSTR. 166
 10999 BERLIN**